

V0715/21

Bürgerbegehren "Hände weg vom Grünring!"
(Referent: Herr Müller)

Ferienausschuss vom 19.08.2021

Herr Müller erläutert die Verwaltungsvorlage. Er weist ausdrücklich darauf hin, dass es heute nicht darum gehe, ob die Verwaltung oder der Ausschuss für oder gegen das Bürgerbegehren sei; es gehe vielmehr ausschließlich um formelle Fragen einer Zulässigkeit des Begehrens aufgrund gesetzlich ausdifferenzierter zwingender Voraussetzungen.

Oberbürgermeister Dr. Scharpf betont, dass sich seine Begeisterung über diesen Standort zu Beginn seiner Amtszeit auch in sehr engen Grenzen gehalten habe. Er verstehe die Beweggründe der Initiatoren des Bürgerbegehrens. Der Grünring habe einen hohen Stellenwert in der Stadt und die Bürgerinnen und Bürger seien interessiert und engagiert, wenn es um die stärkere Absicherung des Grünrings gehe, da dieser im Flächennutzungsplan nur schraffiert und nicht parzellenscharf stehe. Es werde befürchtet, dass der Schulbau einen Präzedenzfall für weitere Bebauungen im Grünring begründe. Es gebe außerdem Befürchtungen, dass für den Bau einer neuen Feuerwache aufgrund des Hilfsfrist-Radius auch nur der Grünring in Frage käme. Hier betont Oberbürgermeister Dr. Scharpf, dass für ihn persönlich dies nicht in Frage komme und er weitere Bebauungen im Grünring verneine. Die Verwaltung gehe mit einer Aktualisierung des Landschaftsplanes und mit einer Biotopkartierung nun einen richtigen Weg, mit dem Ergebnis, dass eine parzellenschärfere Formulierung des Grünrings vorliege und besser eingeschätzt werden könne, wo Biotope und schützenswerte Gebiete seien und wo Gemeinbedarfszwecke möglicherweise verwirklicht werden können. Oberbürgermeister Dr. Scharpf macht erneut deutlich, dass ihm persönlich, aber auch der Verwaltung, das Thema Grünring extrem wichtig sei und es auch sehr ernst genommen werde. Nun sei es allerdings so, dass es höhere Geburtenraten gebe mit entsprechend steigenden Schülerzahlen. Die Standortalternativen für den Bau einer Mittelschule seien seit langem auf Herz und Nieren geprüft worden, aber man könne nicht weit weg bauen, sondern ein Standort müsse für die Schülerinnen und Schüler gut erreichbar sein. Die Entscheidung sei nach vielen Abwägungen und Debatten nicht leichtfertig gefallen. Das Aufstellen von Containern und das Verschieben des Schulbaus sei auch keine Lösung, denn es gebe keine Alternativen und es werde den Schülerinnen und Schülern nicht gerecht. Deshalb setze er sich so dafür ein, dass die Schule gebaut werde. Heute sei aber nicht die Schule das Thema, sondern das Bürgerbegehren und das Anliegen der Initiatoren des Bürgerbegehrens, die der Vorsitzende nach seinem Urlaub zu einem Gespräch einlade, um alle auf den gleichen Sachstand in Bezug auf den Grünring, zur Biotopkartierung und zur Aktualisierung des Landschaftsplanes zu bringen. Heute gehe es um Formalien, die intensiv in der Referentenbesprechung diskutiert worden seien. Oberbürgermeister Dr. Scharpf führt aus, dass es in der Begründung der Verwaltungsvorlage zwei Aspekte gebe, die erheblich für die Entscheidung sprächen. Die Ankündigung der Initiatoren des Bürgerbegehrens, eine Prüfung der Sachlage durch eine übergeordnete Instanz anzustreben, sei legitim. Seine Bitte sei nur, zu diesem Thema in der nächsten Zeit ins Gespräch zu kommen.

Stadtrat Grob trägt vor, dass es ihn schmerzt, dass man einer Initiative der Bürgerschaft mit verwaltungsrechtlich sehr diffizilen Argumentationen begegnen müsse. Dies sei schwer zu verstehen und mehrfach zu hinterfragen, aber die Ausführungen seien nochmals hinreichend von hervorragenden Juristen des Hauses und der Regierung geprüft worden, so dass auch Stadtrat Grob der Meinung ist, dass gegen diese Handhabe keine Abstimmung betrieben werden könne. Oberstes Ziel müsse es sein, diese Schule nach optimierten ökologischen Gesichtspunkten im Sinne der Nachhaltigkeit zu bauen. Ein Verzug würde in Richtung Containerlösung gehen, was auch nicht zu begrüßen sei. Rechtssicherheit werde von allen gewünscht, aber die Umsetzung des Stadtratsbeschlusses mit 40 : 10 Stimmen sei auch wünschenswert. Um Handlungssicherheit, aber auch Flexibilität zukünftig zu haben, müsse der Grünring konkret definiert werden, da der Grünring auch der CSU-Stadtratsfraktion wichtig sei.

Stadträtin Hagn stellt voraus, dass die Ausschussgemeinschaft FDP/JU nach wie vor den Bau der Schule befürworte, auch an diesem Ort. Nicht, weil der Grünring nicht geschätzt werde, sondern weil keine andere Möglichkeit gesehen werde. Es seien in den letzten Monaten immer wieder viele Grundstücke geprüft worden, aber es habe sich gezeigt, dass es in diesem Schulsprengel keine anderen Grundstücke gebe. Dementsprechend ergebe sich in Abwägung Grünring und Schule, dass der Bau der Schule überwiege. Natürlich habe sich Stadträtin Hagn auch die Begründung bezüglich der Unzulässigkeit des Bürgerbegehrens durchgelesen und als Juristin scheine es ihr nachvollziehbar und richtig, dass das Bürgerbegehren als unzulässig abzulehnen sei. Natürlich bestehe die Gefahr, dass man als Laie der Meinung sei, dass dieses Bürgerbegehren einfach nur aus formalen Gründen scheitern sollte, deswegen sei es recht, wenn es ein klares Votum für die Schule geben würde. Sie würde sich deshalb freuen, wenn die Diskussionen über ein Ratsbegehren noch einmal ins Rollen kommen würden und im Herbst mit einem klaren Votum dieser Standort der Schule entschieden werde.

Stadträtin Bulling-Schröter ist der Meinung, dass sie sich schon sehr gewundert hätte, wenn es bei der Zulassung des Bürgerbegehrens eine wohlwollende Auslegung gegeben hätte. Sie kenne eine Reihe von Bürgerbegehren, die abgelehnt worden seien, weil sie nicht so gepasst hätten und zwangsläufig immer wieder vor dem Bayerischen Verfassungsgericht landen würden und unterschiedlich verbeschieden worden seien. Prinzipiell stellt sie fest, auch durch das Lesen von Artikeln im Donaukurier, durch Leserbriefe und Aussagen von Eltern, dass nach 48 Jahren CSU-Mehrheit in Ingolstadt Schulen, wie z. B. Hundszell, Haunwöhr, verfallen seien. Das sei Geschichte, aber dann habe man sich auf ein Mittelschulkonzept mit 500 – 600 Schülerinnen und Schülern geeinigt. Nach Recherchen der Initiatoren des Bürgerbegehrens sei festgestellt worden, dass es nicht einmal in München so große Mittelschulen gebe. Dafür müsse es auch einen Grund geben. Natürlich gebe es dazu pädagogische Konzepte, deshalb bezweifle die Stadtratsgruppe Die Linke, ob größere Schulbauten wirklich die Schulkonzepte der Zukunft seien. Des Weiteren sei über den Schulsprengel gesprochen worden: Viele Eltern wüssten nicht, dass ihre Kinder in Zukunft nach Nordosten fahren müssten, nach Aussage von Stadträtin Bulling-Schröter sei bis jetzt die Busverbindung sehr schlecht. Persönlich hätte sie sich zudem gewünscht, dass über Inklusion gesprochen werde. Weiter führt Stadträtin Bulling-Schröter aus, dass nun behauptet werde, dass die Personen, die das Bürgerbegehren unterschrieben hätten, nicht genau gewusst hätten, was sie unterschreiben. Das sei eine große Unterstellung, denn die Personen hätten sehr wohl überlegt und intensiv diskutiert, was nun keine Auswirkungen habe, weil es das Bürgerbegehren nicht gebe. Ferner gebe es Diskussion zu den Containern, die es in der Schule an der Lessingstraße gebe, demnächst in Friedrichshofen und im Kindergarten „Schatztruhe“. Deshalb mit dem Aufstellen von Containern zu drohen,

halte Stadträtin Bulling-Schröter für falsch. Für sie bedeute es eine verfehlte Schulpolitik, über die man viel eher hätte sprechen müssen. Sie verweist zudem auf die Stellungnahme des Bund Naturschutz mit der Aussage, dass der Flächennutzungsplan der Stadt Ingolstadt seit dem Jahr 1996 rechtskräftig sei. Im Textteil seien die drei Grünringe detailliert dargestellt. Im Süden der Stadt werde von den Bürgerinnen und Bürgern auch keine weitere Bebauung des Grünrings gewünscht, Unterschriften seien bereits gesammelt worden. Ihre Stadtratsgruppe Die Linke sei für den Klimaschutz, auch wenn einzelne Menschen dann ihr Privathaus nicht mehr dort bauen dürften, aber die Diskussionen müssten geführt werden. Am Ende ihres Wortbeitrages stellt Stadträtin Bulling-Schröter fest, dass sie das Wort „alternativlos“ für vollkommen falsch halte. Es gebe immer irgendwelche Alternativen, die vielleicht für wirklich gute Lösungen ein bisschen länger dauern. Sie stimme natürlich gegen diese Beschlussvorlage.

Oberbürgermeister Dr. Scharpf hebt hervor, dass in der Verwaltung nicht nach Gründen gesucht worden sei, das Bürgerbegehren scheitern zu lassen, sondern dass man sich bemüht habe, Möglichkeiten zu finden, dass es zulässig sei. Dies lasse sich aus internem Schriftverkehr, auch aus seiner persönlichen Mail an den Rechtsreferenten entnehmen. Er scheue die politische Debatte in der Öffentlichkeit nicht. Mit ihm erlebe man keine billigen formalen Tricks, ein Bürgerbegehren zu verhindern, dafür sei er zu sehr Verwaltungsjurist durch und durch. Er hätte kein Problem gehabt, sich einem Bürgerentscheid zu stellen und das zu vertreten, was er auch im Stadtrat schon vertreten habe, nämlich wie wichtig ihm die Schülerinnen und Schüler seien.

Stadtrat Dr. Spaeth bringt vor, dass die Stadtratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen eine demokratische Auseinandersetzung auf der Grundlage eines Bürger- und Ratsbegehrens befürwortet hätte. Eine Ablehnung aufgrund einer nicht rechtssicheren Begründung werde deshalb bedauert. Aktuell sehe er allerdings keine andere Möglichkeit, als der Verwaltungsvorlage zuzustimmen. In der Juristerei sei es offenbar wie in der Medizin: 100 % gebe es auf beiden Seiten nicht, so dass man sehen müsse, ob man sich nicht in ein paar Monaten nochmals über ein Bürger- oder Ratsbegehren unterhalte, da wahrscheinlich geklagt werde. Man müsse, unabhängig davon wie das weitere Vorgehen nun sei, anerkennen, dass es den Initiatoren des Bürgerbegehrens gelungen sei, ein neues Bewusstsein zu schaffen und dass es zu ausführlichen Diskussionen zum Grünring gekommen sei. Der Standort der Schule sei auf Antrag der Grünen nochmals geprüft worden und in der Sitzung des Stadtrates im Juli ausführlich dargestellt worden. Eine ökologische Bauweise der Schule nach „Platin-Standard“ erfolge nun. Im November des letzten Jahres habe es einen Antrag der Grünen zur Festschreibung und Sicherung des zweiten Grünrings gegeben. Stadtrat Dr. Spaeth denkt, dass vieles zum Schutz des Grünrings vorangehe, auch angetrieben durch die Umweltbürgermeisterin Petra Kleine und beschleunigt durch das Bürgerbegehren. Aktuell sei die Diskussion zu Klimaschutz und Erhalt der Artenvielfalt präsenter denn je. Stadtrat Dr. Spaeth ist der Meinung, dass diese Themen dringend in Ingolstadt vorangebracht werden müssten.

Stadtrat Werner erläutert, dass Herr Müller bereits festgestellt habe, dass es keinen Ermessensspielraum gebe. Der Verwaltungsvorlage werde von der SPD-Stadtratsfraktion deshalb zugestimmt. Gleichwohl möchte Stadtrat Werner sein Bedauern zum Ausdruck bringen, dass die sorgfältige Prüfung zu diesem Ergebnis gekommen sei. Es sei eine tolle Geschichte, dass sich Bürgerinnen und Bürger, denen ihre Heimat am Herzen liege und der Grünring sei nun einmal ein Stück Heimat in Ingolstadt, zusammengenommen hätten und sich dafür eingesetzt hätten. Genau so toll sei es, sich bei so bedeutsamen Themen wie Bildungsgerechtigkeit und guten Bildungschancen, gerade in diesen von der Struktur her

schwierigen Stadtvierteln, einzusetzen. Vielleicht wäre man nicht in diese Situation geraten, wenn es nicht zwei gravierende Versäumnisse in der Vergangenheit gegeben hätte, aus denen nun Lehren gezogen werden müssten, um in Zukunft eine Politik zu betreiben, die einen in solche Schwierigkeiten gar nicht erst bringe. Zum einen sei mehrfach von den Grünen, von der SPD und von anderen gefordert worden, den Grünring zu definieren, so dass es diese Diskussionen gar nicht gegeben hätte. Er freue sich, dass Oberbürgermeister Dr. Scharpf und die Bürgermeisterin Petra Kleine angekündigt hätten, dies nun voranzutreiben. Das zweite große Versäumnis sei, wie es überhaupt dazu kommen konnte, dass für viele Bauprojekte, Mittelschule Nordost, Pflegeheim HGS, Hauptfeuerwache und weitere, keine Grundstücke zur Verfügung stünden. Diese Frage müsse man sich ernsthaft stellen. Seine Fraktion habe kürzlich einen Antrag eingereicht mit dessen Hilfe derartige Entwicklungen künftig verhindert werden sollten. Es müsse eine Grundstückspolitik gemacht werden, die sich in die Stadtentwicklungspolitik einfüge und die Rücksicht nehme auf die absehbaren Bedarfe. Es werde allerhöchste Zeit, dass der Flächennutzungsplan fortgeschrieben werde, aus dem sich dann natürlich auch die viel schärfere Bauleitplanung ableiten lasse, so dass heute schon gesagt werden könne, wo künftig Gemeinbedarfsflächen erforderlich seien. Diese müssten rechtzeitig in den Besitz der Stadt gebracht werden, damit solche Diskussionen, die heute geführt werden, nicht mehr nötig seien. Abschließend bedankt sich Stadtrat Werner bei den Initiatoren des Bürgerbegehrens und ausdrücklich auch bei Oberbürgermeister Dr. Scharpf, der sofort Gespräche mit den Initiatoren gesucht habe. Die SPD-Stadtratsfraktion hätte auch zugestimmt, dem Bürgerbegehren ein Ratsbegehren entgegen zu setzen und vielleicht einige man sich mit den Initiatoren auf gemeinsame Formulierungen, die dafür sorgten, dass den Bürgerinnen und Bürgern alle entscheidungsrelevanten Informationen zur Verfügung stünden, die für die Beurteilung der Dringlichkeit der Schule benötigt werden. Wenn man auf einen gemeinsamen Nenner kommen würde, könnten die Bürgerinnen und Bürger entscheiden. Die Sozialdemokraten, so Stadtrat Werner, hätten keine Angst vor Entscheidungen der Bürgerschaft, deren Stadt es sei und die in dringenden Fragen ein Mitspracherecht hätten. Stadtrat Werner stellt fest, dass seiner Ansicht nach ein Ratsbegehren, das vorurteilsfrei geprüft werden müsse, immer noch nicht vom Tisch sei.

Stadträtin Klein trägt vor, dass es gerade bei den Mittelschulen in den letzten Jahren eine sehr erfreuliche Entwicklung gegeben habe. Pädagogisch habe sich einiges getan und auch in den Mittelschulen in Ingolstadt habe sich ein ausgeklügeltes Ganztagskonzept durchgesetzt, das vor allen Dingen auch für Chancengleichheit sorgen solle. Neben vielen Fördermöglichkeiten für die Schülerinnen und Schüler gebe es auch die Möglichkeit, verschiedene Abschlüsse anzustreben, was im Übrigen die Durchlässigkeit des Bildungssystems sichere. Aus diesem Grund bilde die Mittelschule einen ganz wichtigen Punkt in der Schullandschaft und sei in der Vielfalt des Angebotes auch erheblich wichtig für die Bildung der Kinder. Auch im Bereich der Integration gebe es viele Möglichkeiten, sich durch das Erlernen der Sprache im Land zurecht zu finden. Sich mit der dafür nötigen Intensität diesen Kindern widmen zu können, sei nach Ansicht von Stadträtin Klein nur möglich, wenn die Schule eine gewisse Größe vorweise, die die ganze Vielfalt der Angebote abbilden könne. Um das individuelle Angebot wahrnehmen zu können, seien lauter kleine Schulen nicht dienlich, vor allem auch vor dem Hintergrund, dass auch Kinder dabei sein könnten, die sich mit einem Schulwechsel psychisch nicht so leicht tun würden. Zudem führt Stadträtin Klein aus, dass bei einer Containerlösung das Problem nicht gelöst sei. Auch das sei eine Versiegelung des Bodens und sei sicher nicht im Sinne der Initiatoren des Bürgerbegehrens. Zum Thema Grünring stellt sie fest, dass die Bedeutung seit vielen Jahren bei nahezu allen Gruppierungen des Stadtrates auf der Agenda stehe, nicht erst seit der Kommunalwahl 2020. Schon lange davor habe es Diskussionen gegeben, dass es nicht

möglich sei, bestimmte Flächen nicht zu bebauen, d. h. man habe nach Lösungen gerungen, für den Grünring eine Definition zu finden. Es gebe dazu auch einen Antrag der CSU-Stadtratsfraktion mit dem Ziel, zu prüfen, ob bestimmte Stellen in einer Art Mindestgröße gesichert werden könnten, um den ökologischen Wert zu erhalten. Es werde deshalb auch begrüßt, dass das Thema neu aufgenommen werde. Eine Definition in welcher Form auch immer müsse natürlich auch rechtssicher erfolgen. Zum Punkt längerfristige Planungen zeigt Stadträtin Klein auf, dass der Schulentwicklungsplan aus dem Jahr 2016 sei. Man habe fünf Jahre gebraucht, um ein Grundstück zu suchen. Auch schon im letzten Stadtrat sei um dieses Grundstück gerungen worden und Stadträtin Klein glaube, dass es sich der Stadtrat nicht leicht gemacht habe. Auch aus ihrer Fraktion habe es einen Antrag auf Prüfung von Flächen am Rietergelände gegeben, letztlich sei man mangels anderer Flächen nur auf die Fläche am Aufragen gekommen. Deshalb werde von der CSU-Stadtratsfraktion der Standort unterstützt. Die Stadt habe nun einmal hohe Bedarfe und eine begrenzte Fläche, was nirgends so deutlich werde, wie bei dem heutigen Thema. Bedauerlich sei es natürlich, dass eine Grünfläche bebaut werden müsse, die bisher nicht versiegelt gewesen sei. Allerdings plädiert Stadträtin Klein dafür, wie bereits schon in den vergangenen Sitzungen, das Beste daraus zu machen, die Schule dort ökologisch vorbildlich zu bauen, ein Zeichen zu setzen für einen Bau der Zukunft und den Kindern dort eine gewisse grüne Aufenthaltsqualität zu bieten. Das sei das Ziel, das angestrebt werde und das vielleicht auch beide Seiten zusammenbringe.

Stadträtin Mayr betont, dass sie gegen die Vorlage stimmen werde. Sie sei zuversichtlich, dass das Verwaltungsgericht in München die Begründung für zulässig erkläre. Sie fühle sich erinnert an einen Termin am Verwaltungsgericht in München am 16.10.2002 zusammen mit Frau Petra Kleine in Sachen Bürgerbegehren FOC. Man werde sehen, was das Verwaltungsgericht dazu sage. Stadträtin Mayr denkt, dass auch ihre vier Juristen, die über das Bürgerbegehren geschaut hätten, auch gut ausgebildet seien. Von daher sei sie zuversichtlich. Sie greift die Worte von Stadtrat Werner auf: Man sehe sich im Herbst nochmals, aber sicherlich nicht mit einer gemeinsamen Formulierung, das verursache nur ein Durcheinander.

Oberbürgermeister Dr. Scharpf empfiehlt, das Thema Ratsbegehren über die Ferien in die Fraktionen zu nehmen und in der ersten Sitzung der Fraktionen nach den Sommerferien zu beraten, sich im September im Ältestenrat darüber auszutauschen und dann in der Sitzung des Stadtrates im Oktober darüber einen Beschluss zu fassen.

Stadtrat Dr. Schuhmann stellt aufgrund der Diskussionen in der früheren Legislaturperiode fest, dass sich die große Mehrheit des Stadtrates damals nach sorgfältiger Überlegung und Prüfung und trotz großer Bedenken bei allen Fraktionen für diesen Standort entschlossen habe. Mit dem Rietergelände sei ein Notnagel geprüft worden. Sollte es zu einem Ratsbegehren kommen, sei er persönlich davon überzeugt, dass es durchgehen würde. Er stellt fest, dass durch das Bürgerbegehren das Bewusstsein, welche wertvolle Substanz dieser Grünring darstelle, in der gesamten Bevölkerung angekommen sei. In den zurückliegenden Perioden habe man x-mal versucht, eine Definition zu erreichen, das sei gescheitert. Heute höre man, dass dies jetzt angegangen werde, Oberbürgermeister Dr. Scharpf habe dies angekündigt, und aufgrund dieser Initiative werde es eine Mittelschule geben, die einen ökologischen Standard haben werde, den es bisher noch nie in dieser Stadt gegeben habe.

Es habe bereits eine Sitzung des Preisgerichtes stattgefunden. Herr Hoffmann habe dankenswerterweise eine Präambel eingebaut, in der stehe, dass der Bau der Schule ein

Beispiel sein werde in Bezug auf die Biodiversität. Es werde eine Musterschule werden, so dass der Einsatz der Initiatoren auf keinen Fall vergeblich gewesen sei.

Gegen 2 Stimmen (Stadträtin Bulling-Schröter, Stadträtin Mayr):

Entsprechend dem Antrag genehmigt.